

„Berliner Tageblatt“

erschienen täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Ausgabe erscheint. Der Preis beträgt...



Honorements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ und „Sambel-Beilage“, sowie das illustrierte „Berliner Tageblatt“...

Berliner Tageblatt

Nummer 539. Berlin, Donnerstag, den 23. Oktober 1902. XXXI. Jahrgang.

Hierzu die illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 85.

Die Virtuosen des Unfalls.

Wie vielfach seit Bestehen des deutschen Reiches war die parlamentarische Lage so verworren wie jetzt. Daß sich die verbündeten Regierungen mit der Mehrheit des Reichstages in Widerspruch befanden, ist zwar oft genug vorgekommen.

Die Regierung hat mit aller wünschenswerten Ehrlichkeit und Deutlichkeit erklärt, daß sie in Bezug auf die Höhe und den Umfang der Mindestlöhne ihre Vorklage nicht hinanzugehen werde; alle Anträge aus dem Hause, die von rechts und links gestellt wurden, einschließlich der Kommissionsbeschlüsse, liefen für sie in jedem Stadium der Verhandlungen unannehmbar.

Auf den ersten Blick scheint es bei dieser Lage der Dinge nicht zweifelhaft zu sein, daß der Zolltarif gescheitert ist. Wenn Regierung und Reichstag in einer auslagelagenden Frage nicht zusammenkommen können, dann entspringt ein leerer Raum; die Arbeit kann umsonst getrieben werden, wenn sie nicht von beiden Seiten gezeugt würde.

An sich würde es noch nicht gegen diese Auffassung sprechen, daß die Regierung es bisher unterlassen hat und wohl auch weiterhin unterlassen wird, die unmitelbare Konsensnahme aus der Abstimmung des Reichstages zu ziehen. Das Natürlichsche war ja zweifellos, daß Graf Bülow wenn er schon auf die Auflösung des Reichstages verzichtete, doch die Erklärung abgab, daß die Regierung ihren Entwurf, dessen Weiterberatung keinen Zweck habe, zurückziehe.

Obwohl es natürlich nicht möglich sei, so wenigstens hinsichtlich des Reichstages überflüssig zu machen, so wenigstens hinsichtlich der Besetzung der Stellen, die sich durch den Fall des Reichstages erledigen.

Andere bestimmen diese Erwägungen kaum ansichstlichst das Verhalten der verbündeten Regierungen. Es ist nicht bloß das Bestehen, die Schuld an dem Scheitern der Vorlage von sich abzumwälzen, was die Regierung es klingen mag stimmt, sondern es ist — so fonderbar es klingen mag — offenbar zunächst die Hoffnung, daß schließlich doch noch etwas Zweckes bei der Abstimmung zu Wege kommen wird.

Die ganze Sache, einschließlich des Centrums, hat fürcht vor den Wahlen. Wohlwolle sind immer unbenutzt, und je höher, umso mehr. Es läßt sich nur von höheren Getreidepreisen Thalade nicht herauskommen, daß von höheren Getreidepreisen immer nur ein sehr beschränkter Bruchteil der Wähler Nutzen hat, während die überwiegende Mehrheit davon in empfindlicher, jedem Einzelnen fühlbarer Weise betroffen wird.

Über diesen Stand der Dinge sind sich die Agrarier durchwegs nicht einig. Deshalb sind auch die großen Heben der Schuldzinsen nicht notwendig zu nehmen, an westlichen ist der Führer des Bundes der Landwirte. Der Antrag des Freiherrn v. Wangenheim auf einen Roggenanhebungszoll von 7,50 Mark hat am Dienstag die Zustimmung von 44 Reichstagsabgeordneten gefunden; aber bei den allgemeinen Wahlen würden diese Hebelzoller noch weiter bestimmt werden.

teinswegs so sicher, wie es sich den Anschein giebt, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die ihm die Wahlen bereiten; es hat mit einer zahlreichen industriellen Bevölkerung unter seinen Wählern zu rechnen, die längst von einer Erhöhung der Wohlwolle nichts wissen wollte.

Sebenfalls weiß die volkreiche Mehrheit, daß niemals streichen so willfährig wie der jetzige sein wird. Die „Sabb. Reichskorresp.“, in der man so oft eine Stimme aus der Welt heimtrage zu vernehmen glaubt, hat ganz Recht, wenn sie nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage. Sie variirt dann das „Sabb. Reichskorresp.“, in der man so oft eine Stimme aus der Welt heimtrage zu vernehmen glaubt, hat ganz Recht, wenn sie nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage.

So weit sind die Dinge freilich noch nicht gediehen. Zunächst richten sich alle Anforderungen der brotverheißenden Mehrheit darauf, den Zolltarif nach ihrem Sinne umzugestalten. Man wird nicht bloß innerhalb des Parlaments alle Mühen springen lassen, sondern man wird auch außerhalb des Parlaments jedes Mittel versuchen, um die Regierung zur Aufgabe zu zwingen.

Wenn freilich alles nichts hilft, dann werden die Agrarier in den lauren Apfel beißen und die Regierungsvorlage acceptieren. Je wohlgerathener sich der Unfall vollziehen wird, das läßt sich heute noch nicht sagen; aber wie sind übergeugt, daß er mit jeder Bitterkeit vor sich gehen wird, die der Reichstag unter den heutigen Umständen zu bewerkstelligen vermag.

Man wird nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage. Sie variirt dann das „Sabb. Reichskorresp.“, in der man so oft eine Stimme aus der Welt heimtrage zu vernehmen glaubt, hat ganz Recht, wenn sie nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage.

Man wird nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage. Sie variirt dann das „Sabb. Reichskorresp.“, in der man so oft eine Stimme aus der Welt heimtrage zu vernehmen glaubt, hat ganz Recht, wenn sie nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage.

Man wird nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage. Sie variirt dann das „Sabb. Reichskorresp.“, in der man so oft eine Stimme aus der Welt heimtrage zu vernehmen glaubt, hat ganz Recht, wenn sie nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage.

Man wird nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage. Sie variirt dann das „Sabb. Reichskorresp.“, in der man so oft eine Stimme aus der Welt heimtrage zu vernehmen glaubt, hat ganz Recht, wenn sie nicht bloß die Durchsetzung höherer Agrarvorstellungen für unmöglich erklärt, sondern für ebenso unmöglich schon die Durchsetzung des gegenwärtig vorliegenden Zolltarifs im nächsten Reichstage.

Annahme der Regierungsvorlage würde die schwere Krise nicht überwunden werden können, unter welcher Industrie und Landwirtschaft sowie der zugehörige Arbeiterstand schon seit lange leidet, eine Krise, welche die Export-Verhältnisse ungünstig beeinflusst und die Export-Verhältnisse ungünstig beeinflusst.

Wir sind gespannt, ob dieser Erklärung gegenüber innerhalb der national-liberalen Partei noch immer die „Freunde“ über die „bei der Abstimmung dokumentierte Gesinnung“ anhängen, von der vorgelesen die „Natib. Korresp.“ so behäbig zu berichten wußte.

Der Schiedsspruch des Königs von Schweden in der Samoafrage.

Von der Samoafrage, die vor vier Jahren die Wogen der Volkseidenschaft dreier großer Nationen, Deutschlands, Englands und Amerikas, auf's höchste ankurbelte und eine lange Reihe von Jahren eines kriegerischen Zusammenstoßes näherbrachte, ist es längst still geworden. Seit dem Samoavertrag vom 14. November 1899, der in Berlin bereits am 8. November, gerade am Tage des Eintreffens Kaiser Nikolaus zu einem Besuch bei Kaiser Wilhelm in Potsdam, veröffentlicht wurde, das durch die Samoafrage entstandene internationale Streitverhältnis, welches die Interessen der drei Nationen auf Samoa aufzubringen und somit die Interessen aller Völker auf Erden in Anspruch nahm, ist auch in Samoa Ruhe und Frieden eingetroffen, und der unter deutsche Herrschaft gestellte Teil Samoas, die Inseln Upolu und Savai, haben einen ungekündeten Aufschwung genommen.

Unter diesen Umständen hatte man beinahe vergessen, daß noch nicht alle Punkte des Samoaertrages erledigt waren. Die Frage der Entschädigung an Samoa für die im Jahre 1898 erlittenen Kriegsschäden war in einem Sinne zum Samoaertrage einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen worden, welches darüber entscheiden sollte, welche Entschädigungsansprüche als gerechtfertigt anzuerkennen und von wem sie zu bezahlen seien. Diese Schiedsrichterrolle wurde dem König von Schweden übertragen, der sich am 14. Juni 1899 gemessenmaßen die Rolle des Unparteiischen in Samoa zu spielen hatte. Nach drei Jahren hat nunmehr König Oskar — wie die lange Zeitpresse beweist, nach reichlicher und gewissenhafter Prüfung — seine Entscheidung gefällt. Nach einer vom Wollischen Bureau weitergegebenen Meldung der „New York Tribune“ belagt eine Depesche aus Washington, daß König Oskar von Schweden und Norwegen in dem Samoaertrage zu Gunsten Deutschlands entschieden habe.

Diese Entscheidung, die wie wir hoffen, sich bestätigen wird, ist eine glänzende Medaille für die Haltung der deutschen Regierung und ihrer Vertreter in jenen kühnen Tagen des Jahres 1898.

Den äußeren Anlaß zu den Wirren bot der Tod des Königs Malietoa Tanuapa am 22. August 1898. Es traten sich nun der sechsjährige Sohn des Verstorbenen, Tanu, der noch die Londoner Missionsschule auf Upolu besuchte, der einflußreiche Matakala und der bis dahin auf den Marshallinseln internierte, nun aber zurückgekehrte, klinge und thailändische Matakala als Anspruchsberechtigten. Die Mehrheit des kanonischen Volkes wählte Matakala, eine kleine Minderheit Tanu. Der damalige amerikanische Oberichter Chamberlain erklärte jedoch unter dem 21. Dezember den ganz im englisch-amerikanischen Schlepptau befindlichen Tanu als gewählt, da Matakala ein Freund der schon erwähnten Samoaertrage vom 14. Juni 1899 nicht wählbar sei. Nun griffen die Matakala-Freunde zu den Waffen, erlittenen Upolu und umgaben die Land-Verteile und den Oberrichter Chamberlain zur Flucht auf die im Hafen liegenden Kriegsschiffe.

Darauf schloß der deutsche Präsident des Munizipalrates von Apia Dr. Raffel als Chef der provisorischen Regierung das Obergericht. Chamberlain aber landete unter dem Schutz englischer Matrosen und eröfnete trotz Widerstands der Vertreter des deutschen Reichs mit Gewalt die wiederholten Führer des Obergerichts. In der feindlichen Regierung für geboten, diesen abzurufen. Nachdem noch ein amerikanisches und ein zweites englisches Kriegsschiff Mitte März 1899 in den Hafen von Apia eingetroffen waren, wurde ein achtzigiges Bombardement eröffnet, wodurch das Eigentum europäischer, namentlich aber deutscher Ansiedler schwer beschädigt wurde.

Schließlich war der Zustand so unhaltbar geworden, daß sich die Regierungen von Berlin, London und Washington dahin einigten, ihre Kriegsschiffe und Kontrahenten abzuberufen und die Regelung einer auf Antrag Deutschlands von den drei Mächten ernannten Samoa-Kommission zu übertragen, in der Vertreter Deutschlands der Freiherr Speck v. Sternburg, Englands Herr Grot und Amerikas Kapitän Trippe waren. Aber auch hierdurch wurde angefangen der Verwicklungsstaat Englands eine Lösung der Samoafrage kaum erzielt worden,